Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.



Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Mittwoch, den 18. Juni 1879 Nr. 278

## Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die **auswärtigen**, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den **politischen Tagesereignissen**, aus den **jetzigen so interessanten Reichstags- und Kammerberichten**, aus den **lokalen und provinziellen Begebnissen** darbieten, die **Schnelligkeit** unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin für ein **spannendes und interessantes Feuilleton** sorgen.

Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark**, in Stettin **in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.**

**Die Redaktion.**

## Deutscher Reichstag.

61 Plenar-Sitzung vom 17. Juni.

Der Präsident v. Seydewitz eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 30 Min. mit der Verlesung mehrerer Urlaubsgesuche.

Abg. Berger (zur Geschäftsordnung.) Ich will gegen die Urlaubsgesuche Widerspruch nicht erheben, aber ich möchte doch die Gelegenheit ergreifen, den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam zu machen, daß eine weitere Bewilligung von Urlaubsgesuchen zur Beschlußunfähigkeit des Hauses führen muß. Bei der gestrigen Abstimmung über den Antrag v. Mirbach waren nur 208 Mitglieder anwesend, also nur 10 über die beschlußfähige Anzahl, bei der namentlichen Abstimmung über die Gerberlohe aber nur gar 206 Mitglieder. 60 Mitglieder fehlten theils wegen Krankheit, theils in Folge ihres Urlaubs, theils weil sie entschuldigt waren; 108 Mitglieder waren dagegen ohne Entschuldigung weggeblieben. M. H., das ist mehr, als 1/4 unserer ganzen Mitgliedschaft (Hört! Hört!) Von diesen fehlenden Mitgliedern gehören an: dem Centrum 40, den beiden liberalen Parteien 21, den Konservativen 18, den Polen 11, der Sozialdemokratie 5 und von den sogenannten Wilden haben auch nicht weniger als 13 gefehlt. Und das geschieht 8 Tage nach dem Ablauf eines 10tägigen Urlaubs. Ich kann dieses Verhalten nicht anders als rücksichtslos bezeichnen, rücksichtslos gegen das Haus, rücksichtslos gegen die Wähler und auch rücksichtslos gegen diejenigen Mitglieder dieses Hauses, welche sich ununterbrochen an den Arbeiten des Hauses betheiligen. Wenn wir in vier Wochen fertig sein wollen, dann ist es nothwendig, darauf zu halten, daß nicht eine zu große Anzahl von Mitgliedern sich ohne Weiteres entfernt. Ich hoffe, diese Worte werden genügen, um die ohne Urlaub abwesenden Mitglieder zu ihrer Pflicht zurückzuführen. (Beifall.)

Abg. Richter-Hagen: Ich will die ohne Urlaub abwesenden Mitglieder nicht entschuldigen, aber ich möchte doch nicht, daß die Worte des Herrn Vorredners einen zu ungünstigen Eindruck außerhalb dieses Hauses machen. Woran liegt es denn, daß eine so große Anzahl von Mitgliedern abwesend ist? Weil es nun einmal zu den Gewohnheiten des Reichskanzlers gehört, bis zum Februar in Varzin zu bleiben. Da suchen Sie die Quelle des Uebels, darauf wollen wir hinweisen, in der Weise können die Geschäfte nicht in regelrechter Weise erledigt werden.

Abg. Windthorst-Meppen: Ich habe nicht die Aufgabe, die Regierung zu vertheidigen, sie mag das selbst thun. Ich wollte dem Abg. Berger nur meinen Dank aussprechen dafür, daß er das zur Sprache gebracht hat. Ich theile ganz die Anschauungen des Abg. Berger und ich meinerseits muß aussprechen, daß bei einem Gegenstande, wo es sich um Fragen von der eminentesten Bedeutung für das Leben des ganzen Volkes handelt, kein Mann fehlen sollte, wenn er nicht absolut behindert ist. Deshalb wird es gut sein, daß eine Unterlage gewonnen ist, um dem Präsidenten Veranlassung zu geben, jeden Urlaub zu verweigern. Wenn diese Mahnung einen genügenden Erfolg nicht haben sollte, dann würde ich mir den Vorschlag erlauben, an jedem Sitzungstage die Namen derjenigen Mitglieder zu publiziren, welche ohne Urlaub oder ohne Entschuldigung fortgeblieben sind.

Abg. Frhr. zur Rabenau kann sich der herben Kritik gegen die Abwesenden nicht anschließen. Seine Ansicht geht dahin, daß es in den Sommermonaten nicht möglich ist, ein beschlußfähiges Haus zusammen zu halten.

Abg. v. Kardorff hält das Verfahren der ohne Urlaub abwesenden Mitglieder für ein ganz unverantwortliches; den Versuch, den Reichskanzler dafür verantwortlich zu machen, müsse er als einen verfehlten bezeichnen. Er bedauere wie jeder Andere, hier im Sommer sitzen zu müssen, aber wenn sich ein großer Theil der Mitglieder des Hauses nicht einmal die Mühe giebt, Urlaub nachzusuchen, dann haben wir ein volles Recht, uns zu beschweren.

Präsident v. Seydewitz ist für die gemachte Anregung sehr dankbar und erklärt, darauf Bedacht nehmen zu wollen, daß die Urlaubsbewilligungen nicht ein gewisses Maß überschreiten.

Staatsminister Hofmann konstatirt, daß die Vorlagen für den Reichstag mit größter Beschleunigung vorbereitet sind. Die Abwesenheit des Reichskanzlers habe noch keine Vorlage länger als 24 Stunden verzögert; der Geschäftegang sei so eingerichtet, daß eine Verzögerung auch bei Nichtanwesenheit des Reichskanzlers in Berlin nicht eintritt.

Abg. v. Kleist-Retzow verweist darauf, daß das Haus ununterbrochen beschäftigt gewesen sei und alle Klagen über Verzögerung der Vorlagen gegenstandslos seien.

Die Urlaubs-Gesuche werden hierauf bewilligt.

Tagesordnung:

I. Dritte Berathung der Gebührenordnung für Rechtsanwälte.

In der Generaldebatte führt zunächst Abg. Eysoldt aus, daß das Gesetz vom Mißtrauen gegen die Anwälte diktirt sei. Wenn man glaubte, daß die Rechtsanwälte nur ihr eigenes Interesse im Auge hätten, dann müßte man auch annehmen, daß die Anwälte für den billigen Preis schlecht arbeiten würden. Das ganze Gesetz entspreche dem Bedürfniß der Anwaltschaft nicht. Bei sich herausstellenden Mißständen werde man das ganze Prinzip der freien Advokatur dafür verantwortlich machen.

Abg. Windthorst-Meppen erklärt sich mit dem Entwurf in der beschlossenen Fassung einverstanden, indem er die Erklärung des Geheimen Raths Kurlbaum in der zweiten Lesung als eine solche bezeichnet, die jede anderweite Auslegung über die Vertragsbestimmungen ausschließe.

Geh. Rath Kurlbaum II. wiederholt seine frühere Erklärung, die der Auffassung des Vorredners entspricht.

Nachdem noch Abg. Dr. Reichensperger-Crefeld sich gegen die Vorlage ausgesprochen, wird die Generaldiskussion geschlossen und auf den Antrag des Abg. Windthorst die Vorlage en bloc angenommen.

II. Dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Kontrole des Reichshaushaltsetats für das Jahr 1878—79.

Derselbe wird ohne weitere Debatte definitiv genehmigt.

III. Fortsetzung der zweiten Berathung des Zolltarifs.

Die Berathung beginnt bei Position 13g, welche lautet: „Feine Holzwaaren (mit ausgelegter oder Schnitzarbeit), feine Korbflechterwaaren, sowie alle unter a, e, f und h nicht begriffenen Waaren aus vegetabilischen Schnitzstoffen, mit Ausnahme von Schildpatt, Elfenbein, Perlmutter, Bernstein, Agat und Jet; auch in Verbindung mit anderen Materialien, soweit sie nicht unter Nr. 20 fallen; Holzbroncen: 30 M. pro 100 Kilogr.

Abg. Delbrück beantragt, die Worte „Elfenbein" bis „Jet" zu streichen und den Zollsatz für diese Gegenstände auf 24 M. festzusetzen.

Abg. v. Miller (München) und Genossen beantragen, den Zoll auf 10 pCt. der Werthe festzusetzen, eventuell denselben auf 60 Mark zu erhöhen.

Nachdem Abg. Delbrück seinen Antrag kurz vertheidigt, führt Abg. Miller zur Vertheidigung seines Antrages aus, daß das deutsche Kunstgewerbe gegen die Franzosen energisch und ausreichend geschützt werden müsse. Der Reichstag werde mit Annahme des Antrags darthun, daß das deutsche Reich Theilnahme für die Thätigkeit des deutschen Kunstgewerbes hat, und daß es bereit ist, dasselbe von der Schmach zu befreien, unter der es durch die Bevorzugung französischer Produkte seufzt.

Ministerialrath Dr. Mayr sympathisirt in jeder Beziehung mit dem Vorredner, bemerkt jedoch, daß die Einführung des Werthzolles eine so allgemeine Frage sei, daß sie hier bei einer Position nicht geregelt werden könne. Die Schwierigkeiten der Erhebung des Werthzolles seien so erheblich, daß weder die Regierung noch die Tarifkommission derselben zugestimmt habe.

Abg. Graf v. Galen will mit seinem Antrage eine alte hundertjährige deutsche Hausindustrie schützen, welche durch das Schutzzollsystem Frankreichs und Amerikas arg geschädigt sei.

Ministerialrath Mayr bittet, diesen Antrag aus Konsequenz der gestern zu Position 13g gefaßten Beschlüsse abzulehnen.

Abg. Sonnemann wendet sich gegen den Antrag v. Miller. Frankreich ist uns auf diesem Gebiete nicht wegen seiner höheren Schutzzölle überlegen, sondern wegen der vielen Millionen, die es seit dem 15. Jahrhundert auf die Förderung seiner Kunstindustrie, auf Musterwerkstätten und ähnliche Anstalten verwendet hat. Auf ähnliche Weise muß bei uns der Staat der Kunstindustrie helfen.

Nach Ablehnung aller Anträge werden die Positionen 13g und h nach der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

In Position 14 wird für Hopfen ein Zoll von 20 Mark pro 100 Kg. beantragt; der frühere Zoll betrug 10 M. pro 100 Kg.

Abg. Hermes beantragt, den alten Zoll bestehen zu lassen, während Abg. Lüders diese Position der Brausteuerkommission überweisen will.

Abg. Lüders: Die Erhöhung des Zolles hat keinen finanziellen Werth, auch für den inländischen Hopfenbau kein Interesse, da dieser weit mehr produzirt, als der heimische Bedarf beträgt. Der Hopfen ist kein Spekulationsartikel, da man ihn nicht Monate lang aufspeichern kann, um eine günstige Konjunktur abzuwarten. Die Brausteuerkommission kann diesen Zoll am besten prüfen, weil sie am besten über den Einfluß der Materialienpreise auf die Bierbereitung orientirt ist.

Bundeskommissar Mayr: Der Hopfenzoll ist im Zoll-Parlament immer unabhängig von der Biersteuerfrage betrachtet worden. Auch ist die Biersteuergemeinschaft ein anderes Territorium, als die Zollgemeinschaft. Die Biersteuer-Kommission ist daher zur Prüfung dieser Frage nicht geeignet. Der Hopfenzoll ist sowohl ein finanzieller als auch ein Schutzzoll, letzterer namentlich dadurch, daß er den Verkauf schlechten ausländischen Hopfens als guten deutschen verhindert. Nicht die Hopfenbauer, sondern nur die Hopfenhändler agitiren gegen diesen Zoll.

Abg. Hermes: Alle Gründe, welche in anderen Fällen für Erhöhung eines Zolles sprechen, liegen hier gerade gegen dieselbe vor. Der hohe Zoll schädigt vornehmlich unsere Landwirthschaft, da der Hopfenbau und in Folge dessen der Hopfenexport bei uns in den letzten Jahrzehnten einen enormen Aufschwung genommen hat. Wenn Oesterreich mit gleicher Zollerhöhung vorgeht, so haben wir den Nachtheil, da dort mehr von uns importirt wird, als bei uns von dort. Das Malz ist den Freihändlern schon im Tarif verloren gegangen, schenken Sie uns den Hopfen, damit man nicht schließlich sage, an diesem Tarif ist Hopfen und Malz verloren.

Abg. v. Ow (Freudenstadt): Als der Abg. Hermes sich an der Debatte betheiligte, glaubte ich einen Interessenten mir gegenüber zu sehen; ich ersehe indessen aus dem parlamentarischen Handbuch, daß er Mitinhaber eines Waaren-Kommissionsgeschäfts war. Ein Interesse an einem niedrigen Hopfenzoll hat nur der Zwischenhandel, der den geringwerthigen ausländischen Hopfen importirt und als deutschen weiter verkauft; wir haben keine Veranlassung, diesen Zwischenhandel zu schützen.

Damit schließt die Debatte.

Persönlich bemerkt Abg. Hermes: Ich habe nicht die Ehre gehabt, den Herrn v. Ow früher kennen zu lernen; ich glaube auch damit nichts verloren zu haben. Wenn er meint, daß man Interessent sein müsse, um sich an einer Debatte zu betheiligen, so hat er doch nicht die richtige Vorstellung von der Aufgabe eines Abgeordneten. Der Abgeordnete v. Hoverbeck nannte die Interessenvertreter unter den Abgeordneten Abgeordnete zweiter Klasse. Ich habe noch nie ein Geschäft in Hopfen gemacht. (Beifall links.)

Das Haus genehmigt darauf unter Ablehnung aller Anträge die Regierungsvorlage.

Es folgt Position 15: Instrumente, Maschinen und Fahrzeuge.

Die Abtheilung a) Instrumente, 1) musikalische 30 Mark (früher 12 Mark); 2) astronomische, chirurgische, optische, mathematische, chemische und physikalische frei (früher ebenfalls frei), wird ohne Debatte genehmigt.

Zur Position 15b, 1) Lokomotiven und Lokomobilen 8 Mark (bis 1877 4 Mark, von da ab frei) liegt zunächst ein Antrag des Abg. v. Wedell-Malchow vor, die Lokomobilen hier zu streichen, wodurch sie unter 15b 28 fallen würden: andere Maschinen aus schmiedbarem Eisen 5 Mk.

Abg. Sonnemann beantragt, die alten Zölle von vor 1877 wiederherzustellen: Lokomotiven 4 Mk., andere Maschinen a) aus Holz und Eisen 2 Mk.; b) aus anderen unedlen Metallen 8 Mk. pro 100 Kg.

Abg. Richter (Hagen) beantragt, Lokomotiven und Lokomobilen mit 5 Mk. anzusetzen.

Abg. v. Wedell-Malchow empfiehlt seinen Antrag im Interesse der Landwirthschaft besonders in den Ostseeprovinzen; eine Unterscheidung zwischen Lokomobilen und Lokomotiven habe bisher bestanden und sei auch bei der Zollbehandlung leicht zu ermöglichen.

Geh. Rath Burchard bittet um Ablehnung aller Anträge, da ein genereller Unterschied nicht zu machen sei.

Abg. Stumm: Wenn die Zollfreiheit der Lokomobilen beantragt worden wäre, so hätte ich das verstehen können; der vorgeschlagene Zoll ist aber nicht hoch genug, um inländische Fabriken zum Lokomobilenbau anzulocken und so den Zoll allmälig de facto zu beseitigen, indem die Maschinen im Lande gebaut werden. Wenn der Abg. Richter gegen den Zoll etwa wieder die Lokomotiv-Koalition anführen sollte, so muß ich bemerken, daß gerade die Zollfreiheit die Bildung solcher Koalitionen veranlaßt.

Abg. Richter (Hagen): Herrn Abg. von Ow zur Beruhigung, daß ich nicht mit Lokomobilen handle, auch nicht Landwirth bin, gleichwohl im Interesse der Landwirthschaft für das Amendement von Wedell eintrete, außerdem auch beantrage, den besonders hohen Zoll für Lokomotiven zu streichen. So wenig Koalitionsfreiheit der Arbeiter ohne Freizügigkeit bestehen darf, so wenig darf man durch Zollabsperrung der ausländischen Konkurrenz Koalitionen der Lokomotiv-Fabrikanten begünstigen. Herr Schwartzkopff that zuerst in einer Zeitungspolemik, als ob eine Koalition nicht bestände und meine Angabe über die Vertheuerung der oberschlesischen Bahn gegenüber dem Ausland Erfindung sei. Nach meinen Detailausführungen darauf giebt er beides zu, sucht aber die Vertheuerung zu rechtfertigen durch besondere Umstände. Alles, was er in dieser Beziehung anführt in seiner neuen Zeitungspolemik, ist unwahr. Ich würde von Herrn Schwartzkopff überhaupt nicht mehr gesprochen haben, wäre nicht die Art seiner Zeitungspolemik charakteristisch für das Verhalten der Interessenverbände gegen Abgeordnete. Herr Schwartzkopff stellt an die Spitze seiner Ausführungen die Bemerkung, daß er im Interesse der deutschen Volkswirthschaft die Unglaubwürdigkeit meiner Person beweisen wolle und spricht schließlich von böswilligen Verleumdungen, deren Urheber der allgemeinen Verachtung anheimfielen. Dies druckt die „Nordd. Allg. Ztg." im redaktionellen Theile ab und dann kommt noch das Wolff'sche Telegraphen-Bureau und meldet allen auswärtigen Blättern, daß die „Nordd. Allg. Ztg." dem Abg. Richter in einem Artikel Schwartzkopff's tendenziöse und willkürliche Verdrehungen der Wahrheit nachgewiesen habe. Jüngst wurde ebenso ein den Abg. Bamberger her-

abwürdigender Artikel der „Nordd. Allg. Zeitung" durch das Wolff'sche Telegraphen-Bureau weiterverbreitet. Fälschlich hält das Publikum dieses Bureau für ein objektives Nachrichten-Bureau, während es zum Preß-Bureau in demselben Verhältniß steht, wie die „Nordd. Allg. Ztg." zur Handhabe für offiziöse Politik dient, der Regierung unbequeme Nachrichten unterdrückt, ihr genehme Nachrichten färbt und aufputzt und in letzter Zeit zur Verbreitung persönlicher Angriffe gegen Reichstagsabgeordnete dient. Auf dieses Treiben des Wolff'schen Telegraphenbureaus behalte ich mir vor, demnächst noch weiter die öffentliche Aufmerksamkeit zu lenken. Ich bin begierig, ob das Bureau ebenso wie die Schwartzkopff'sche Polemik gegen mich nun auch meine heutige Erwiderung hinaustelegraphiren wird. (Heiterkeit.) Zur Sache selbst habe ich hier wieder eine Mittheilung, daß die Koalition im Juni der Riga-Dünaburger Bahn erheblich billigere Preise gestellt hat wie allen deutschen Bahnen. Indeß alles dies wird ja nichts helfen; Abg. Berger hat ja am Eingang der Zolldebatten erklärt, daß die Majorität sich von den Regierungsvorlagen nicht abbringen lassen werde und deren Abänderung als ihr Internum ansähe; Herr Berger hatte wenig Ursache, sich heute über das Fehlen vieler Abgeordneten zu wundern, denn, wenn alle Reden nichts nützen, warum sollen die Abgeordneten herkommen und zuhören? Dann ist es einfacher, die bekannten 204 der Majorität, welche ja zur Beschlußfähigkeit ausreichen, kommen allein her und machen die Sache unter sich ab. (Sehr richtig! links.)

Damit schließt die Debatte.

Das Haus genehmigt nach Ablehnung aller Anträge die Regierungsvorlage. — Ebenso die Position 15b. 2: andere Maschinen, $\alpha$) aus Holz 3 Mk., $\beta$) aus Gußeisen 6 M., $\gamma$) aus schmiedbarem Esen 5 M., ($\alpha$—$\gamma$ früher frei, vor 1877 2 M.), $\delta$) aus anderen unedlen Metallen 8 M. pro 100 Kilogr. (früher ebenso).

Dann wird die Sitzung vertagt.

Schluß $4^3/_4$ Uhr.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr.

T.-O.: Interpellation Delbrück betreffend das Münzwesen und Zolltarif.

## Deutschland.

**Berlin**, 17. Juni. Die „National-Zeitung" schreibt:

Von niederländischer Seite werden wir darauf hingewiesen, daß der Zustand des Prinzen Alexander, der seinem eben in Paris gestorbenen älteren Bruder in den Titel eines „Prinzen von Oranien" nachfolgt, keineswegs regierungsunfähig sei und seiner eventuellen Besteigung des Königsthrones ein Hinderniß nicht im Wege stehe. Wir haben bei der Unterstellung, daß Prinz Alexander bei der Nachfolge des regierenden Königs außer Betracht bliebe, uns der weitverbreiteten Ansicht angeschlossen, daß das Leiden des Prinzen, wie es heißt, ein Rückenmarksleiden, ihm die Uebernahme der königlichen Obliegenheiten unmöglich mache. In Holland ist man, wie uns von beachtenswerther Seite mitgetheilt wird, dieser Ansicht nicht. Indessen würde selbst das Eintreten des leidenden Prinzen den Uebergang der niederländischen Krone auf weibliche Seitenverwandte nur aufschieben. Auch das „Echo du Parlement" bemüht sich, Vorurtheile zu zerstreuen, die, wie dieses Blatt sich ausdrückt, gegen die Regierungsfähigkeit des Prinzen Alexander im Auslande herrschten. Wir wollen diese Mittheilung, welche ihrem Inhalt nach wohl auf maßgebende holländische Kreise zurückgeführt werden kann, unseren Lesern nicht vorenthalten. Dem „Echo" wird aus dem Haag geschrieben:

Mehr als einmal habe ich in Ihren Spalten die irrthümlichen, um nicht zu sagen die erlogenen Gerüchte wieder lesen können, welche im Ausland hinsichtlich des Prinzen Alexander, unseres künftigen Königs, cirkulirt haben. Dieser Prinz genießt keine robuste Gesundheit, er besitzt nicht die Kraft, die Eleganz, die persönlichen Vorzüge seines verstorbenen älteren Bruders. Zum Ersatz hat er seine Jugend in Studien zugebracht, zu denen ihn sein Charakter hinführte. Mit großen geistigen Fähigkeiten begabt, hat sich der neue Prinz von Oranien seit langer Zeit den Arbeiten des Staates gewidmet. Ganz durchdrungen von den Pflichten eines konstitutionellen Fürsten, hat er darauf gehalten, das Regime unserer Verfassung, sowie alle Zweige der Gesetzgebung und der Verwaltung von Grund aus zu studiren. So oft er im Haag anwesend war, wohnte er den Sitzungen des Staatsrathes regelmäßig bei. Alles, was das nationale Wohlbefinden betrifft, ist für diesen jungen Prinzen stets der Gegenstand einer besonderen Vorliebe gewesen. Ohne für den Thron bestimmt zu sein, hat er sich darauf vorbereitet, indem er die beste der Schulen durchmachte. Das Haus Oranien, welches seit Kurzem durch den Tod unserer ersten Königin, sowie des Prinzen Heinrich so schwer geprüft worden, ist soeben von Neuem von einem harten Schlage betroffen worden; allein es bleibt ihm ein Sproß, welcher, falls ihm die Krone morgen zufallen sollte, Alles, was eine freie und an das konstitutionelle System gewöhnte Nation von ihrem König erwartet, reichlich erfüllen würde. Wenn man es sich in der ausländischen Presse zuweilen angelegen sein ließ, zu behaupten, daß die Krone der Niederlande vielleicht bald auf irgend eine fremde Dynastie übergehen würde, so lag dort nur Unwissenheit oder unredliche Absicht vor.

— Aus der heute abgehaltenen Sitzung des Bundesraths erregt besonderes Interesse, was über den Gesetzentwurf betreffend das Gütertarifwesen der deutschen Eisenbahnen verhandelt worden ist. Der Antrag des Ausschusses rief eine mehr als dreistündige Debatte hervor, deren Angelpunkt, wie erwartet, die Verfassungsfrage bildete. Würtemberg, Sachsen und Baiern sahen in dem Gesetze die Nothwendigkeit einer Verfassungsänderung, während Preußen und die kleineren Bundesstaaten dieser Anschauung widersprachen. Der preußische Standpunkt wurde mit besonderer Wärme von dem Generalpostmeister Stephan, dem Handelsminister Maybach und dem Staats-Minister Hofmann vertreten. Schließlich wurde das Gesetz mit Stimmenmehrheit angenommen und einigte man sich dahin, die Frage, ob eine Verfassungsänderung durch die §§ 2 und 4 des Entwurfes vorliege und also $^2/_3$-Majorität Platz zu greifen habe, dem Verfassungsausschuß zu weiterer Prüfung zu überweisen und davon die Entscheidung abhängig zu machen.

## Provinzielles.

**Stettin**, 18. Juni. Wie wir bereits früher mitgetheilt, findet das diesjährige Provinzial-Kriegerfest am Sonntag, den 29. d. Mts., in Stargard statt. Als Festlokal ist das Lokal des Restaurateurs Schünemann erwählt, aus dem Festprogramm entnehmen wir Folgendes: Die Parade wird von dem hiesigen Stadtkommandanten, General-Lieutenant v. Fehrentheil-Gruppenberg, Excellenz, abgenommen. Die Begrüßung der einzelnen Vereine findet im Namen des V. Bundesbezirks durch den Vorsitzenden des Bezirks, Herrn Steuer-Inspektor Cuno, statt. Die Festrede hat Herr Divisionspfarrer Gehrke übernommen. Die Begrüßung der versammelten Vereine im Namen des Stargarder Vereins erfolgt durch den Ehren-Vorsitzenden dieses Vereins, Herrn Materialen-Verwalter Mertens aus Stargard. Um 12 Uhr findet die Parade statt, nach derselben Festzug durch die Stadt nach dem Festplatz; hier erfolgt die Festrede und Begrüßung, und nach derselben eine Sitzung des Bezirks-Vorstandes, sodann ein gemeinschaftliches Mittagsmahl im Festlokal. Am Nachmittag konzertirt die Kapelle des Colberg'schen Grenadier-Regiments Nr. 9 unter Leitung des Kapellmeisters Kühlmann, am Abend findet eine Illuminaiion des Gartens statt, woran sich ein Tänzchen schließt. — Die Betheiligung am Fest dürfte voraussichtlich eine sehr große sein, da sämmtliche Kriegervereine der Provinz, auch die, welche dem deutschen Kriegerbunde noch nicht angehören, Einladungen erhalten haben und von vielen Seiten bereits die Betheiligung zugesagt ist, so werden sich der „Patriotische Krieger-Verein" und der „Stettiner Krieger-Verein" vollzählig einstellen. Ferner haben Einladungen erhalten: der Landrath des Saatziger Kreises, Herr von Nickisch-Rosenegk, die Stadtbehörden von Stargard, das Offizierkorps des 9. Regiments und die Herren Landwehr-Reserve-Offiziere in Stargard.

— Die ursprünglich auf den 29. Juni cr. in Aussicht genommene Feier des zweiten hinterpommerschen Gauturnfestes in Colberg wird eingetretener Umstände wegen erst acht Tage später, also am Sonntag, den 6. Juli cr., stattfinden.

— Beim Eisenbahnviadukte fiel gestern Abend 8 Uhr ein mit Angeln beschäftigter Knabe von etwa 12 Jahren in die Oder. Ein ihm von dem Matrosen Kropp zugeworfenes Tau vermochte derselbe nicht mehr zu fassen, dagegen gelang es dem Herrn Schuhmachermeister A. Strümpel, wenn auch mit eigener Lebensgefahr, denselben, als er noch einmal wieder in die Höhe kam, am Kopfe zu fassen und aufs Trockene zu ziehen.

— Am Montag Abend 11 Uhr brannte der Stall des Fischers Piper in Sydowsaue nieder. Von dem Vieh verbrannten 2 Schweine und 2 Ziegen. Die Nachbaren, welche gleichfalls in Gefahr waren, mußten ausräumen, und wurden einem derselben 2 Stand Betten und ein Kleid gestohlen. Man muthmaßt Brandstiftung.

— Heute Morgen gegen $6^1/_2$ Uhr entstand in dem Hause Pölitzerstraße 26 ein Schornsteinbrand, doch wurde jede Gefahr nach kurzer Thätigkeit der Feuerwehr beseitigt.

— Vor circa $4^1/_2$ Jahren wurde durch Erkenntniß des hiesigen Schwurgerichts der Bursche Labs, aus einem Dorfe bei Treptow a. R. gebürtig, wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu 6 Jahren Gefängniß verurtheilt. Während der Verbüßung dieser Strafe war die Führung des Labs so gut, daß er nicht eine Stunde Arrest erhielt und in Folge dessen von der hiesigen Gefängnißbehörde, sowie dem Gefängnißgeistlichen ein Gnadengesuch an Se. Majestät den Kaiser gerichtet wurde. Dasselbe hat auch Berücksichtigung gefunden, denn gestern traf ein Telegramm mit der Begnadigung ein und Labs wurde sofort entlassen.

— Gestern Vormittag gegen $^1/_2$10 Uhr fuhr der Dienstmann August Quasdorf mit einem von ihm selbst geführten Wagen, auf welchem Wollsäcke aufgeladen waren, die Lastadie entlang, er selbst saß auf dem vordersten Sack. Plötzlich glitt dieser Sack herab und fiel Quasdorf hierdurch selbst vor das linke Vorderrad seines Wagens, welches ihn überfuhr, wodurch er eine sehr erhebliche Beschädigung der rechten Hand und eine Verwundung an der linken Stirnseite erlitt, welche seine Unterbringung im städtischen Krankenhause erforderte.

— Einem sich besuchsweise bei dem Tapezier Tews, Reifschlägerstraße 3, aufhaltenden Fräulein aus Schwerin i. M. wurden gestern Nachmittag zwischen 5—6 Uhr aus einem unverschlossenen Reisekorbe, der auf offenem Flur gestanden, verschiedene werthvolle Garderobenstücke gestohlen, ohne daß es gelang, die Thäter zu ermitteln.

— Der Milchhändler Fr. C. Kaminsky hierselbst ist durch Erkenntniß des Polizeirichters vom 14. d. Mts. wegen Verkaufs gefälschter Milch zu 30 Mark Geldbuße event. 6 Tage Haft und Konfiskation der Milch verurtheilt worden.

**Stargard**, 17. Juni. Der diesjährige Leinwandmarkt war stärker beschickt, als der des vorigen Jahres. Während dem vorjährigen Markt nur 5729 Reecken zugeführt waren, belief sich die Zahl derselben in diesem Jahre auf 7300 Reecken. Die Preise stellten sich etwas niedriger, als im vorigen Jahre, der Handel war flau und blieb Manches unverkauft.

**Greifswald**, 15. Juni. Vor einigen Tagen fand die erste Sitzung des im Verlaufe des letzten Winters aus der Bürgerversammlung gewählten Komitee's für die Errichtung eines Sool- und Moorbades hierselbst statt. Nach vielseitiger Beleuchtung aller einschlägigen Fragen wurde als Bauplatz die englische Anlage vor dem Fettenthor und zwar die Stelle vor der Südseite des sogen. Mühlenbergs definitiv in Aussicht genommen, und schließlich eine Subkommission gewählt, bestehend aus den Herren Professor Eulenburg, Senator Kunstmann, Professor Mosler, Dr v. Preuschen und Baumeister Stoll, welche nunmehr das Programm aufstellen, und demnächst das Projekt nebst Kostenanschlag der zu erbauenden Badeanstalt ausarbeiten und feststellen werden. Es ist demnach gegründete Aussicht vorhanden, daß diese die hiesige Bürgerschaft so sehr interessirende Angelegenheit in besseren Fluß gerathen wird, und wohl einer definitiven Beschlußfassung baldigst entgegengesehen werden kann.

**Stralsund**, 17. Juni. Wie die „Stralf. Ztg." hört, wird beabsichtigt, die Gewerbe-Ausstellung, statt sie am 23. d. Mts. zu schließen, bis zum 26., Abends, auszudehnen, vorausgesetzt, daß die königliche Militärbehörde zu der verlängerten Benutzung der Gebäude ihre Einwilligung giebt. Es wird damit Manchem, der nicht anders als zum Johannistermine hierher kommt, die Möglichkeit gewährt, sich an der Ausstellung zu erfreuen. Um den weniger bemittelten Volksklassen den Besuch der Ausstellung zu erleichtern, wird ferner beabsichtigt, an einigen Nachmittagen den Eintrittspreis auf 30 Pf., für Kinder auf 20 Pf. zu ermäßigen. Vorläufig sind zu dem Zwecke der nächste Sonnabend Nachmittag, sowie der ganze Sonntag in Aussicht genommen.

— Im Interesse der Bienenzucht wird darauf hingewiesen, daß die aus der bienenwirthschaftlichen Vorrathskammer des Centralvereins zu Stralsund durch Herrn Täge daselbst auf der Gewerbe-Ausstellung in verschiedenen Gruppen ausgestellten Dathekästen derselben Art sind als diejenigen, welche gelegentlich der 13. Wander-Versammlung in Greifswald mit der silbernen Staatsmedaille ausgezeichnet wurden.

Die einzelnen sehr zweckmäßig arrangirten Gruppen eignen sich, mit Dach und Untersatz versehen, vortrefflich als Bienenpavillons und zum Gartenschmuck.

Die durch ebendenselben ausgestellte Honigschleuder, nach einem Muster von Klöris-Oldenburg in der Maschinenfabrik des Herrn Maurer für das Dathe'sche Rähmchenmaaß angefertigt, ist nach Konstruktion und Leistungsfähigkeit ausgezeichnet und verdient wegen ihrer großen Vorzüge die regste Beachtung aller Bienenzüchter.

## Vermischtes.

— (Schwer getäuschtes Vertrauen). Die zu Dresden wohnhafte Fischhändlerin B., welche in der Regel geschäftlich von Dresden wöchentlich ein bis zweimal nach Berlin kommt, um hier Fische einzukaufen, lernte vor etwa 14 Tagen auf der Heimreise in einem Eisenbahnkoupee zwei Frauen kennen, welche ihr erzählten, daß sie in Berlin ein Seidenwaaren-Geschäft besäßen und nach Dresden führen, um Einkäufe für dasselbe zu machen. Zu diesem Zwecke wollten sie sich mehrere Tage in Dresden aufhalten. Auf diese Weise veranlaßten sie im Laufe der Unterhaltung die Fischhändlerin, ihnen in ihrer Wohnung Nachtquartier während ihres Aufenthalts in Dresden anzubieten. Die beiden Frauen acceptirten sofort diese Einladung und begaben sich mit ihrer Wirthin vom Bahnhof nach deren Wohnung, woselbst sie mehrere Tage beherbergt wurden. Am 12. d. M. fuhr die B. wieder nach Berlin, und die beiden Frauen, welche ihre Geschäfte in Dresden angeblich noch nicht beendet hatten, blieben mit den Kindern der B., einem Mädchen von 15 und einem Knaben von 12 Jahren, in der Wohnung zurück. Während der Nacht vom 13. zum 14. d. M. chloroformirten die beiden Frauen die schlafenden Kinder, packten sodann sämmtliche Wäsche und Kleidungsstücke, welche sie vorfanden, in zwei in der Wohnung befindliche Koffer, von welchen der eine gelbe Beschläge hatte, sowie in einen großen Fischkorb und kehrten mit dem nächsten Morgenzuge nach Berlin zurück. Ein den Zug begleitender Schaffner erkannte zwar den einen Koffer und den Fischkorb als der vom Bahnpersonal wohlgekannten Fischhändlerin gehörig, aber das Aeußere der beiden raffinirten Diebinnen verscheuchte jeden Verdacht, daß sie in rechtswidriger Weise dazu gelangt wären. Nach ihrer Ankunft in Berlin haben sich die Diebinnen zur Fortschaffung ihrer Koffer und sonstigen Sachen einer Droschke nicht bedient, sondern die Sachen sind, wie nachträglich ermittelt worden ist, von einem sie erwartenden Mann auf einem Handwagen fortgeschafft worden. Die beiden Frauen, welche zu ermitteln bisher noch nicht gelungen ist, scheinen auch sehr raffinirte Ladendiebinnen zu sein, da sie ihren Aufenthalt in Dresden zu einer Anzahl glücklich ausgeführter Ladendiebstähle benutzt haben. Eine Anzahl seidener Tücher und anderer Waaren hatten sie von Dresden aus unter einer fingirten Adresse, postlagernd Moabit, geschickt, und die Sachen sind auch vom Postamte von einer bisher gleichfalls noch nicht ermittelten Person abgeholt worden. Die ältere der beiden Gaunerinnen war ca. 40 Jahre alt und befand sich in hochschwangerem Zustande; die andere war ca. 30 Jahre alt.

## Literarisches.

**„Communistische Idealstaaten"** von Dr. A. Gehrke. Bremen. C. Schünemann's Verlag. Preis 1 Mark.

Der Verfasser giebt in ihrer Quintessenz die vier berühmtesten Utopien der Weltliteratur wieder, Plato's Gerechtigkeitsstaat, Thomas Morus, Utopia, Campanella's Sonnenstaat und Cabet's Ikarien. Herr Gehrke zeichnet in erschöpfender Kürze die Grundzüge jener vier utopistischen Staaten und weist dann in leichten, aber sicheren Strichen den engen und unlöslichen Zusammenhang nach, in welchem ihre Schöpfer trotz alledem mit der Gedankenwelt der weltgeschichtlichen Epochen standen, in welchen sie lebten; so gewinnen dieselben den richtigen Platz als „Söhne ihres Jahrhunderts und Bürger einer späteren Zeit". Die kleine Schrift mag deshalb allen nachdenkenden Lesern empfohlen sein. [96]

## Telegraphische Depeschen.

**Königsberg i. Pr.**, 17. Juni. Heute Nachmittag hat hier das feierliche Leichenbegängniß des am Sonnabend verstorbenen Geh. Raths Prof. Dr. Karl Rosenkranz unter Betheiligung der Spitzen der Behörden, der Stadt, sämmtlicher Professoren der Universität und der gesammten Studentenschaft stattgefunden. Professor Dr. Friedländer hielt die Leichenrede.

**Wien**, 17. Juni. Die Krankheit des Grafen Andrassy war, wie die „Polit. Corresp." bestätigt, eine Lungenentzündung; der Graf befindet sich jedoch auf dem Wege der Besserung. Gestern Nachmittag erschienen der Kaiser und die Kaiserin unangesagt bei dem Grafen Andrassy und verweilten fast eine halbe Stunde bei demselben. Der Minister wird voraussichtlich nicht vor 8 Tagen das Zimmer verlassen können.

**Wien**, 17. Juni. Die „Politische Corresp." meldet:

Die Meldungen verschiedener Blätter über angebliche militärische Vorbereitungen zur Besetzung Novibazars entbehren jeder Begründung. Im Kriegsministerium finden keine diesbezüglichen Berathungen statt; auch von angeblichen eifrigen Arbeiten im Pester Material-Depot ist Nichts bekannt.

Aus Belgrad vom 17. d. M. wird derselben Korrespondenz gemeldet: Der serbisch-bulgarische Grenzstreit ist noch nicht ausgeglichen. Fürst Milan hat zur Schlichtung des Grenzstreites bei Kula den Oberst-Lieutenant Giuric entsendet. Die serbische Regierung besteht auf der alten, von dem russischen Generalstabschef Kotzebue seiner Zeit festgestellten und durch den Hattischerif vom Jahre 1833 bestätigten Grenze, während jetzt für Bulgarien angeblich ein beträchtliches Stück des serbischen Distrikts Zaicar gefordert wird. Der Minister Ristics erklärt die Nachricht, Serbien hätte den Wunsch, den mit der Pforte abzuschließenden Zoll- und Handels-Vertrag auch auf Bosnien und die Herzegowina ausgedehnt zu sehen, für absolut erfunden.

**Paris**, 17. Juni. Eine hier eingegangene amtliche Depesche aus Batua von heute früh meldet, daß gestern eine Deputation der Ouled Daoud's, des einzigen aufständischen Stammes, bei dem General Forgernol erschien und die Unterwerfung des Stammes anbot. Der General verlangte die Auslieferung des Sherifs, welcher die Insurrektion hervorgerufen hat; wenn dieselbe nicht erfolgen sollte, so wird der General heute Abend angreifen. Es sind Maßregeln getroffen worden, um eine Flucht des Sherifs nach Tunis zu verhindern.

**Paris**, 17. Juni. Morgen wird das „Pays" die abgeschnittene Rede Cassagnac's veröffentlichen, welche derselbe in der Kammer halten wollte. Cassagnac sagt, die gegen ihn gehandhabte Ordnung sei ein zwischen dem Präsidenten und der Kammer-Majoritat abgekartetes Spiel.

**Versailles**, 17. Juni. Deputirtenkammer. Der Handelsminister Tirard sprach sich dagegen aus, daß in dem „Journal offiziel" die Worte Cassagnac's, welche Schmähungen gegen die Regierung enthielten, nicht veröffentlicht worden seien. Der Präsident Gambetta erwiderte hierauf, das Präsidialbureau habe in Anbetracht dessen, daß die Aeußerungen Cassagnacs einer Repression entgangen seien, die Auslassung jener Worte beschlossen. Die Deputirtenkammer nahm hierauf eine Tagesordnung an, in welcher das Verfahren des Bureau's gebilligt und zugleich der Beschluß gefaßt wird, eine Kommission zu ernennen, um die Geschäftsordnung zu modifiziren. Sodann wurde die Berathung des Ferry'schen Gesetzentwurfs über den höheren Unterricht wieder aufgenommen.

Im Senate theilt der Präsident mit, daß der Kongreß am Donnerstag Vormittag 10 Uhr zusammentreten werde.

**Versailles**, 17. Juni. Der Senat und die Deputirtenkammer haben sich bis zum Sonnabend vertagt. Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer beantragte Blachere (Rechte), die Regierung über die Vorgänge in Algier zu interpelliren; die Interpellation wurde indessen auf einen Monat vertagt.

**Krasnoje Selo**, 17. Juni. Kaiser Alexander hielt heute von 11—1 Uhr Mittags die bereits gemeldete große Parade ab. Es war ein brillantes militärisches Schauspiel, leider theilweise durch Regen beeinträchtigt. Der Großfürst-Thronfolger kommandirte die Parade. Die anderen Großfürsten und die Großfürstin-Thronfolgerin waren zugegen, von einer glänzenden Suite begleitet, in welcher sich die Offiziere der preußischen Ulanen-Deputation befanden; die unteren Chargen der preußischen Deputation waren gleichfalls beritten zur Stelle. Das gemeldete Kavallerie-Exerziren bei Zsarkoj-Selo ist auf Freitag verschoben.